

# Avanti 2

## RSB Rhein-Neckar



Foto: helmut-roos@web.de

Solidaritätsaktion mit XXXL-KollegInnen am 04. Februar 2016

# XXXL: Wer kämpft, kann verlieren...

B.G.

**A**m 8. April sollen die Verhandlungen zu einem Interessenausgleich und Sozialplan bei der Mannheimer Niederlassung von XXXL abgeschlossen werden. Damit ist der Kampf bei XXXL mit einer Niederlage beendet.

Der Konzern konnte nicht nur seine Kündigungspolitik - mit Unterstützung einer Kammer des Arbeitsgerichts Mannheim unter dem Vorsitz von „Herrn Richter am Arbeitsgericht Dr. Holger Willer“ - durchsetzen. XXXL konnte auch den örtlichen Betriebsrat zerschlagen und damit dessen jahrelangen Widerstand gegen die Machenschaften des Möbelhauses brechen.

Sicherlich hat XXXL für sein menschenverachtendes Vorgehen einen Preis zahlen müssen. Vor allem in Form eines massiven Imageschadens weit über die Rhein-Neckar-Region hinaus.

Dennoch muss spätestens jetzt mit der Ursachenforschung für diese Niederlage begonnen werden. Innerhalb von ver.di, aber auch außerhalb. Wenn dies nicht geschieht, werden Konzerne wie XXXL

immer aggressiver die Rechte von Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen aushöhlen.

Ohne dieser notwendigen Bilanz vorgreifen zu wollen, sind zwei entscheidende Faktoren bereits heute erkennbar. Erstens erlauben die herrschenden politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Konzernen die immer brutalere Durchsetzung eines XXXL-Kapitalismus. Und zweitens versagt die zuständige Gewerkschaft ver.di bei der Aufgabe, den Widerstand gegen Konzerne wie XXXL zu organisieren.

Die zuständigen FunktionärInnen auf Bundesebene sehen seit Jahren mehr oder weniger hilflos zu, wie der Konzern Arbeitsplatz- und Betriebsratsvernichtung organisiert und damit die gewerkschaftliche Verankerung zerstört. Wie zu hören ist, lehnte die ver.di-Zentrale in Berlin Anfang Februar sogar die Durchführung einer bundesweiten Pressekonferenz zu dem Skandal bei XXXL Mannheim ab.

Wie heißt es? Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Vergleich vor dem Landesarbeitsgericht am 30. März ist der Kampf bei XXXL mit einer Niederlage beendet worden. Die 99 Kündigungen in Mannheim sind damit endgültig bestätigt, und der kämpferische örtliche Betriebsrat ist zerschlagen.

Wir versuchen, in dieser Ausgabe von *Avanti*<sup>2</sup> eine erste kurze Bilanz der Auseinandersetzung bei XXXL zu ziehen.

Die betrieblichen Kämpfe in der Region gehen aber weiter. Vor allem die Verteidigung der Arbeitsplätze bei Bombardier und GE rückt immer mehr in den Vordergrund.

Beste Grüße  
Eure Redaktion

### Inhalt

| TITEL   | THEORIE  |
|---|--|
| <b>01 XXXL:</b><br>Wer kämpft, kann verlieren ... | <b>04 Seminar:</b><br>„Strategie und Taktik - was soll das?“ |
| <b>BETRIEB UND GEWERKSCHAFT</b>                   | <b>04</b> Auszüge aus unserem Programm                       |
| <b>02 Rückblick:</b><br>Der Kampf bei XXXL        | <b>RÜCKBLLENDE/TERMINE</b>                                   |
| <b>03 GE:</b><br>Vom Protest zum Widerstand?      | <b>06 Rückblende:</b><br>Solidaritätsfest XXXL               |
|   | <b>06 Termine</b>  |

# Rückblick auf den Kampf bei XXXL

04.02.2016 XXXL-Kollegin vor dem Möbelhaus



04.02.2016 Soliaktion von IGM und GE-KollegInnen mit XXXL



04.02.2016 Soliaktion von IGM und GE-KollegInnen mit XXXL



16.02.2016 Arbeitsgerichtstermin XXXL



17.02.2016 Soliveranstaltung Zukunftsforum



27.02.2016 ver.di-Kundgebung auf dem Paradeplatz

07.03.2016 XXXL-Beschäftigte solidarisch mit GE-KollegInnen



27.02.2016 ver.di-Kundgebung auf dem Paradeplatz



16.03.2016 Solidaritätsfest für die XXXL KollegInnen



# Weitere Aktionen bei GE: Wann beginnt der Widerstand?

H.N.

**A**uch im letzten Monat kam es zu weiteren Protestaktionen bei General Electric (GE) in Mannheim-Käfertal.

Der Betriebsrat verlangt nach wie vor die „Rücknahme der angekündigten Schließungs- und Restrukturierungsmaßnahmen“ (siehe Kasten) und hat ein Alternativkonzept ausgearbeitet.

In der turbulent verlaufenen Betriebsversammlung am 07. März 2016 attackierte der Betriebsrat erneut mit scharfen Worten die Kahlschlagpläne von GE und rief die Belegschaft zur gemeinsamen Gewehr auf.

Das für Deutschland verantwortliche GE-Management hatte einen subalternen Standortleiter als Berichterstatter vorgeschickt. Seine Rede wurde mit wütenden Zwischenrufen und Pfiffen aus den Reihen der anwesenden KollegInnen bedacht.

Am frühen Nachmittag wurde die Betriebsversammlung unterbrochen. Somit konnten die KollegInnen an einer Kundgebung vor dem Tor 6 teilnehmen, zu der Betriebsrat und IG Metall eingeladen hatten.

Insgesamt nahmen rund 700 KollegInnen an der Kundgebung teil. Viele Beschäftigte aus anderen Betrieben wie Bombardier, XXXL, GKM Mannheim oder John Deere sowie das Überbetriebliche Solidaritätskomitee unterstützten den Protest vor dem GE-Werk.

Die GE-Betriebsratsvorsitzende Elisabeth Möller kritisierte nicht nur die Standortschließungspläne von GE, sondern kündigte einen inter-

nationalen Aktionstag am 8. April in Paris an.

## Unterstützung durch SV Waldhof

Auf Einladung des Mannhei-

trauensleutkörpers und des GE-Betriebsrats verteilten vor der Begegnung Infos zum Kampf gegen Arbeitsplatzabbau bei GE.

Während der Regionalliga-Begegnung enthüllten Waldhof-

## FORDERUNGEN DES GE-BETRIEBSRATS

### WIR WEHREN UNS! WIR KÄMPFEN FÜR DEN ERHALT UNSERES STANDORTES IN MANNHEIM-KÄFERTAL!

#### Unsere Forderungen:

- Rücknahme der angekündigten Schließungs- und Restrukturierungsmaßnahmen
- ernsthafte Verhandlungen über die Zukunft der Standorte und Berücksichtigung des von Beschäftigten, Betriebsrat und Info-Institut erarbeiteten Zukunftskonzeptes
- Ansiedlung und Aufbau von Kompetenzzentren in Deutschland
- Erhalt aller Standorte und Sicherung aller Arbeits- und Ausbildungsplätze,
- dauerhafte Standort- und Beschäftigungsgarantien inklusive Kündigungsschutz für alle Beschäftigten,
- Schaffung alternativer Beschäftigungsfelder und Ansiedlung neuer Produkte,
- langfristige Investitionsprogramme zum Aus- und Umbau der Fertigungsstätten
- strategische Neuausrichtung im Bereich der erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung der Energiewende

**NUR WER KÄMPFT, KANN GEWINNEN!**

mer Fußball-Klubs SV Waldhof besuchten zahlreiche GE-Beschäftigte am 12. März 2016 das Spiel gegen Astoria Walldorf im Carl-Benz-Stadion. Mitglieder des IGM-Ver-

Fans große Transparente, auf denen zu lesen war: „Mannheims Arbeiterverein steht hinter euch! Solidarität mit den Beschäftigten von XXXL, GE und Bombardier!“

## Informationsbedarf der Belegschaft

Am 15. März 2016 informierten sich zahlreiche KollegInnen in der Gesamtwirtschaftsausschuss-Sitzung von GE in Mannheim, nachdem acht Tage zuvor ihre Fragen auf der Betriebsversammlung nicht beantwortet worden waren.

Die Beschäftigten stellten über eine Stunde lang Fragen an die anwesenden Herren des Managements. Zwar versuchten die Konzernjuristen von GE, dies immer wieder zu verhindern, doch die KollegInnen ließen sich nicht von ihrem Recht auf Information abbringen. Die GE-Seite ging auch dieses Mal nicht auf die Fragen der Belegschaft ein, versprach aber, diese später zu beantworten.

## Überbetriebliche Solidarität

Rund 150 GE-KollegInnen - vorwiegend aus der Fabrik - unterstützten am 17. März die rund 400 Beschäftigten von Bombardier, die sich am bundesweiten Aktionstag gegen die Abbaupläne des kanadischen Zug- und Flugzeugbauers beteiligten. Früher hatte das Bombardier-Werk wie GE in Mannheim-Käfertal zu BBC und ABB gehört, bevor es mehrfach verkauft wurde. Jetzt droht dieser Standort ebenfalls zerschlagen zu werden.

In einem Flugblatt des RSB / IV. Internationale Rhein-Neckar, das vor der GE-Kundgebung am 7. März verteilt wurde, heißt es: „Es gibt jetzt nur eine Chance: Vom Protest zum gemeinsamen Widerstand überzugehen. Demos und Kundgebungen sind gut, aber sie reichen nicht aus gegen die Brutalität von GE.“

# Seminar „Strategie und Taktik – was soll das?“

(23.04.-24.04.2016)

Der globale Kapitalismus setzt „erfolgreich“ und rücksichtslos sein zentrales Ziel der Profitmaximierung um. Kostet es, was es wolle.

Die Herrschenden haben in der Regel sehr gut verstanden, eine langfristige Strategie (nach Clausewitz: die Kunst der Kriegsführung) mit flexiblem taktischen Vorgehen (nach Clausewitz: die Kunst, eine Schlacht zu schlagen) zu kombinieren.

Die Linke und die Überreste der ArbeiterInnenbewegung haben indessen zentrale theoretische und praktische Lehren ihrer eigenen Geschichte vergessen oder ignorieren sie einfach. Ihre

tiefe Krise rührt nicht zuletzt daher.

Mit unserem Seminar in Mannheim wollen wir versuchen, einige Grundlagen in Erinnerung zu rufen und aktuelle Bezüge herzustellen.

## Aus dem Seminar-Programm

- Clausewitz: Strategie und Taktik - heute noch aktuell?
- Kapitalismus heute: Profitmaximierung ohne Ende?
- Übergangsforderungen: Strategie und Taktik der Veränderung
- Welche Organisation(en) brauchen wir?

**Anmeldungen beim RSB Rhein-Neckar**  
**rhein-neckar@rsb4.de**

## Aus unserem Programm

### 2.2 Spätkapitalismus

Der Kapitalismus hat das Problem der ungleichmäßigen Entwicklung mit Phasen von Booms und Krisen nicht gelöst. Die „goldenen Jahrzehnte“ der 50er und 60er Jahre mit weitgehender Vollbeschäftigung und ständig wachsenden Realeinkommen sind längst Geschichte. Der technische Fortschritt führt weiterhin zur raschen Entwicklung der Produktivkräfte. Sie wachsen rascher als die Masseneinkommen mit der Folge stetig größerer Massenerwerbslosigkeit. Gleichzeitig sind die nationalen Grenzen durch das Kapital längst gesprengt worden, ohne dass bisher neue übernationale Staaten entstanden wären.

Seit dem Zweiten Weltkrieg wurde durch eine Reihe von Abkommen eine neue Weltwirtschaftsordnung durch wenige Staaten im Interesse von ein paar hundert multinationalen Konzernen gestaltet. Der Handel untereinander wird durch Zölle oder Schutzmaßnahmen (Qualitätsnormen, „freiwillige Selbstbeschränkungen“, Kontingente) wenig behindert, der Zugang vieler Agrarprodukte und billiger Industriewaren aus Osteuropa und der sogenannten Dritten Welt jedoch eingeschränkt oder unterbunden.

Während die internationale Freizügigkeit der Menschen zunehmend eingeschränkt wird, vagabundiert vor allem das Finanzkapital unkontrolliert um den Globus und lässt sich nur dort nieder, wo günstige Bedingungen für hohe Profite garantiert werden. Dadurch wurde ein Prozess eingeleitet, in dem alle Teile der Welt noch mehr miteinander konkurrieren. Vom Kapital werden die unterschiedlichen Bedingungen zu einem scharfen Druck auf Lohn und Sozialleistungen sowie zur Deregulierung der Arbeitsbedingungen mit dem Ziel ausgenutzt,

das bestehende sozialstaatliche System zu zerstören. Angestrebt wird eine neue internationale Arbeitsteilung, die arbeitsintensive Produktion in „Billiglohnländer“ verlagert.

Allerdings: Für den weitaus größten Teil der Unternehmen ergibt eine Verlagerung der Produktion in die sogenannte Dritte Welt keinen betriebswirtschaftlichen Sinn. Dort fehlen nicht nur entscheidende Bedingungen der materiellen Infrastruktur und der Ausbildung der Ware Arbeitskraft. Es fehlen vor allem ausreichende Absatzmärkte. Denn auch bei verkürzten Transportzeiten und künstlich niedrig gehaltenen Transportkosten bleiben dies gewichtige Faktoren der Preisbildung. Somit dient das Trommelfeuer in Sachen des jeweiligen nationalen Standortes im wesentlichen der Erpressung von Belegschaften, Betriebsräten und Gewerkschaften. Die Werktätigen sollen immer mehr für immer weniger arbeiten.

Das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit hat sich verändert, und es werden derzeit vorrangig defensive Kämpfe geführt. Doch die Gegensätze werden sich in absehbarer Zeit zuspitzen. Wenn es keine organisierte Gegenwehr und keine Solidarität gibt, werden nationalistische und faschistische Strömungen erstarken und autoritäre Lösungen der Widersprüche suchen. Der gesamten Welt droht der Absturz in die Barbarei, wenn keine demokratische und sozialistische Massenbewegung weltweit geschaffen werden kann. Der Aufbau einer politischen und organisatorischen Alternative ist darum das Gebot der Stunde.

### 2.3 „Klassenkampf von oben“

Das deutsche Kapital will seine internationale Position stärken.

Zu diesem Zweck wird das „Modell Deutschland“, das heißt der sozialpartnerschaftliche Ausgleich mit den Gewerkschaften, zunehmend zugunsten einer Politik der Konfrontation aufgegeben. Seit Anfang der 80er Jahre werden soziale Rechte massiv abgebaut, und das Kapital erringt seit Anfang der 90er Jahre im „Klassenkampf von oben“ fast kampflos einen Sieg nach dem anderen. Die Folge war eine beträchtliche Steigerung der Profite. Seit Mitte der neunziger Jahre halten Kapital und Regierung die Zeit für reif, die neoliberale Wende konsequent durchzusetzen.

Der „Klassenkampf von oben“ erfolgt im Interesse einer winzigen Schicht des Kapitals, die nur etwa 300 000 Menschen zählt. Die Hälfte davon lebt in einem Freizeitpark mit unglaublichem Luxus. Sie tut buchstäblich nichts und verprasst die Erträge ihres Kapitals.

Unterstützt wird das Kapital jedoch durch das Kleinkapital in Handel, Handwerk, Landwirtschaft und Dienstleistungen - etwa ein Zehntel der Erwerbstätigen - sowie durch das Leitungspersonal in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Sie stellen etwa 4% der Erwerbsfähigen und werden hoch bezahlt. Im Interesse dieser Oberschichten wird Politik gemacht. Über 85% der Erwerbsfähigen sind hingegen lohnabhängig oder sozial ausgegrenzt.

Über die Hälfte aller Einkünfte entfällt auf das Kapital, seine kleinbürgerliche Basis und sein Leitungspersonal. Die Vermögen sind noch ungleicher verteilt. Knapp zwei Drittel der Menschen in der Republik sind vermögenslos und haben weder Wohneigentum noch nennenswerte Reserven. Das Produktivvermögen konzentriert sich auf Kapital und Leitungspersonal, und das zu sehr ungleichen Teilen. Das Kleinkapital hat keinen großen Einfluss auf die Organisation der Wirtschaft.

## 2.4 Neoliberale Wirtschaftspolitik

Dieses spätkapitalistische Wirtschaftssystem ist nur durch staatlichen Schutz und Förderung lebensfähig. Ganze Bereiche wie die Landwirtschaft, die Wohnungswirtschaft oder der Kohlebergbau, existieren sogar nur dank massiven staatlichen Subventionen. Bei formal progressiver Besteuerung ist die Bundesrepublik durch Gesetzgebung und Tolerierung der Steuervermeidung zu einem Steuerparadies für die Reichen geworden. Durch Subventionen - über ein Zehntel des Volkseinkommens - und aus Profiten staatlicher Aufträge erhält das Kapital sogar mehr als es an Steuern zahlt. Der Staat ist eine Umverteilungsmaschine, die die Massen belastet, um den Reichen zu geben. Die Kosten des Staatsapparates und die Sozialleistungen werden ausschließlich von den Werkträgern bezahlt. Die Folge sind gigantische Profite, die aber nicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern vor allem in Immobilien und in der Spekulation angelegt werden.

Die Wirtschaftspolitik dient allein den Interessen des Kapitals. Exemplarisches Beispiel dafür ist Ostdeutschland. Das „Volkseigentum“ der DDR wurde in einem der größten Raubzüge der Geschichte Deutschlands entschädigungslos enteignet und dem westdeutschen Kapital faktisch kostenlos und zudem mit hohen Zuschüssen übergeben. Was die Kapitalisten nicht übernehmen wollten, wurde einfach liquidiert. Über ein Drittel der ostdeutschen Arbeitsplätze ist verschwunden. Die sozialen Kosten dieses Anschlusses tragen das Sozialsystem und die öffentliche Hand. Entindustrialisierung und Massenerwerbslosigkeit

- insbesondere die Verdrängung der Frauen und Jugendlichen aus dem Erwerbsleben - sind die Folgen. Die Werkträgern in Ostdeutschland sind durch niedrigere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen, durch Verunglimpfung ihrer Kultur und eigenständigen Entwicklung diskriminiert. Dies kann Grundlage unfruchtbarer Nostalgie, aber auch fortschrittlicher Bewusstseinsbildung werden. Es bleibt Aufgabe, die Einheit der arbeitenden Klasse beider Teile dieses Landes in solidarischem Kampf herzustellen.

Die im Neoliberalismus verkörperte Ideologie der Marktexpansion hat sich weltweit durchgesetzt, auch in der Sozialdemokratie und bei den Grünen. Sie strebt die Entfesselung des Kapitalismus von allen gesellschaftlichen Bindungen und Regelungen an und will Staat und Gesellschaft entsprechend gestalten. Unter dem Vorwand der Senkung des Anteils öffentlicher Ausgaben am Volkseinkommen (Staatsquote) soll der erst seit den fünfziger Jahren aufgebaute „Sozialstaat“ demontiert, und die Lohnkosten sollen drastisch gesenkt werden. Tatsächlich werden nur die Sozial- und Bildungskosten gesenkt, die Kosten der Zerstörung der Umwelt oder des Verschleißes der Arbeitskraft aber der Gesellschaft aufgebürdet. Ähnlich ist es mit den geschäftlichen Risiken und den Kosten der Entwicklung neuer Techniken, die der Gesellschaft aufgeladen werden. Mit hohen Kosten wird ein starker Staat aufgebaut, der die Interessen des Kapitals weltweit militärisch durchsetzen, soziale Unruhen unterdrücken und die Umverteilung von unten nach oben organisieren soll.

Das vereinte Europa soll ein neoliberales Europa sein. Über die Kriterien von Maastricht (Senkung der Staatsausgaben durch Begrenzung des Haushaltsdefizits und der öffentlichen Schulden, Preisstabilität) wird diese Politik vertraglich vorgeschrieben und durch die Unabhängigkeit der Zentralbanken abgesichert. Diese Politik wird von Regierungsspitzen in einem undurchschaubaren Prozess ausgehandelt und durch die Kommission umgesetzt. Es gibt nicht einmal den Anschein einer parlamentarischen Kontrolle.

Die Folgen sind sinkende Reallöhne und Sozialeinkommen sowie wachsende Armut. Dieser Prozess hat erst eingesetzt und wird durch die Politik der Deregulierung aller Arbeitsbedingungen rasch vorangetrieben. Insbesondere soll der Arbeitsmarkt gespalten werden in noch relativ gut bezahlte Stammbeschaften von SpezialistInnen und Leitungspersonal und die Masse der übrigen Beschäftigten, deren Einkommen stark sinken soll.

Die sozialen Konflikte werden sich infolge dieser Politik in naher Zukunft zuspitzen und meist Verteidigungskämpfe der Betroffenen sein. Ob sie im Interesse der Werkträgern ausgetragen werden, hängt davon ab, ob der Widerstand organisiert und erfolgreich gekämpft wird, ob es dafür Organisationen gibt.

Die Festung Europa, die gegen die Armut aus dem Süden und dem Osten sowie gegen politische Flüchtlinge und Folteropfer dicht gemacht werden soll, ist nicht das Europa der Werkträgern. Wir lehnen die „Kriterien von Maastricht“ zur Einführung der gemeinsamen Währung ab. Wir wollen offene Grenzen für alle Menschen, und wir wollen die internationale gewerkschaftliche und politische Zusammenarbeit der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen die Interessen des Kapitals und der etablierten Parteien.

# RÜCKBLENDE

## Grandioser Kulturabend am 16. März im Mannheimer Gewerkschaftshaus

B.K./ RED

Unter dem Motto „XXXL trifft uns alle - Wir rocken den Stuhl“ organisierte der Mannheimer Musiker Bernd Köhler zusammen mit dem Überbetrieblichen Solidaritätskomitee Rhein-Neckar ein großes Solidaritätsfest. Damit sollte das Thema weiter auf der Tagesordnung gehalten und den Betroffenen der Rücken gestärkt werden. Die rund 350 BesucherInnen erlebten ein Programm mit zahlreichen KünstlerInnen, das es in dieser Zusammensetzung und Vielfalt so schnell nicht wieder geben wird. Die ganze Aktion wurde binnen zwei Wochen auf die Beine gestellt. Alle Beteiligten traten ohne Honorar auf. Der Eintritt war frei.



Sängerin von Querbeat auf dem Solifest für die XXXL-KollegInnen am 16. März.

Foto: Helmut-Roos@web.de

## RSB/IV. Internationale

### Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

#### Impressum:

RSB Rhein-Neckar  
Postfach 10 26 10  
D-68026 Mannheim  
Fon/Fax: +49 (0) 621 / 156 40 46  
Email: rhein-neckar@rsb4.de  
Web: www.rsb4-rhein-neckar.de



V.i.S.d.P.: RSB, 68026 Mannheim

#### TERMINE (weitere Infos beim RSB Rhein-Neckar)

- FR, 08.04.16, Internationaler GE-Aktionstag in Paris
- DO, 14.04.2016, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- SA/SO, 23./24.04.2016, ab 13:00 Uhr, Strategieseminar des RSB-Rhein-Neckar, MA
- DO, 28.04.2016, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 29.04.2016, 19:00 Uhr, Veranstaltung zu aktuellem Thema
- SO, 1. Mai, 10:00 Uhr, DGB-Demo ab Gewerkschaftshaus